

hundreds leben, abgesehen von den Menschen in Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, in einer von kriegerischen Ereignissen und anderen Extremsituationen verhältnismässig verschonten Epoche und Region. Ganz anders verhielt es sich in der Phase von 1914 bis 1945, die der britische Historiker Eric Hobsbawm als «Katastrophenzeitalter» bezeichnet hat.<sup>41</sup> Damals waren viele Menschen von kriegs- und verfolgungsbedingten Extremerfahrungen betroffen. Daher lässt sich die Frage, weshalb die intensive professionelle psychologische Betreuung nicht früher eingesetzt hat, etwa im «Zeitalter der Katastrophen» oder in der frühen Nachkriegszeit, nicht über die Zahl und den Grad katastrophaler Ereignisse beantworten. Berücksichtigt werden müssen hingegen der Stand der Wissenschaft, innerwissenschaftliche Dynamiken sowie die politische und gesellschaftliche Bereitschaft, sich mit psychischen Fragen auseinanderzusetzen.

Mit diesen wenigen Bemerkungen zur Geschichte der Psychotraumatologie soll zum Ausgangspunkt, zur Anerkennung des körperlichen und seelischen Leidens von Eli Carmel durch die Basler Regierung im Jahr 1997, zurückgekehrt werden. Das Beispiel zeugt von einem reflektierten Umgang mit Geschichte, von der Integration transnationaler Elemente in die nationale und lokale Erinnerungskultur. Dazu gehören seit den 1990er Jahren auch internationale Erkenntnisse der Psychotraumatologie und nicht zuletzt der medizinische Wandel im Umgang mit verfolgungsbedingten psychischen Leiden: Indem die Basler Politiker individuelle traumatische Erfahrungen in das kollektive Gedächtnis integrierten, nahmen sie nicht nur die aktuelle historische Forschung auf, sondern berücksichtigten auch indirekt die aktuellen psychiatrischen Debatten.

Eine historische Perspektive, die die neuesten Erkenntnisse der Psychotraumatologie aufnimmt, erweitert die historiographischen Möglichkeiten sowie die Felder des Geschichtslernens in Schule und Öffentlichkeit. Neuere Forschungen zu den Kindswegnahmen im Rahmen des sogenannten Hilfswerks «Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute, Untersuchungen zu psychiatrischen Zwangsmassnahmen und die von einem breiten Publikum intensiv verfolgte Aufarbeitung der Geschichte der Verdingkinder beziehungsweise der Spazzacamini sind ohne psychiatrisches Wissen und ohne einen neuen Umgang mit aussergewöhnlichen psychischen Belastungen nicht denkbar. Zugleich verlangt eine Einbindung der Psychotraumatologie in die geschichtswissenschaftliche Forschung aber auch nach einer konsequenten Historisierung derselben.

<sup>41</sup> Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München, Wien 1995.

Maissen, Thomas, Schlussbemerkungen, in: Die Schweiz und die Shoa, von Kontroversen zu neuen Fragen, hrsg. von Béatrice Ziegler, Bernhard C. Schär, Peter Gautschi, Claudia Schneider, Zürich 2012.

## Schlussbemerkungen

Thomas Maissen

«Erinnerung – Verantwortung – Zukunft», so lautet der Titel der Veranstaltungsreihe, in deren Rahmen hier nach dem schweizerischen Umgang mit der Shoa gefragt wurde. Die Mitveranstalterin Béatrice Ziegler hat dieses Anliegen in ihrer Einleitungsrede durch die Formulierung «Sackgasse der Zerklüftung und Verständnislosigkeit» schon kritisch eingeordnet. Gedanken machen müsste man sich vielleicht noch eher über «Sackgassen» im Plural, Sackgassen etwa beim Umgang der Schweiz und von Schweizerinnen und Schweizern mit den Begriffen Holocaust und Shoa und mit den Formen, wie der damit gemeinten historischen Ereignisse gedacht wird. Es sind dies nationale Sackgassen in Bezug auf eine universalisierte Erinnerungskultur, die seit dem UNO-Beschluss von 2005 jeweils am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, an die Opfer des nationalsozialistischen Völkermords erinnert. Ob dieser Anlass tatsächlich in breiteren Kreisen zu Nachdenklichkeit führt, ist allerdings eine weiterführende Frage, die man sich mit dem zweiten Veranstalter, Peter Gautschi, im Hinblick auf den Schulunterricht sicher stellen muss; und ebenso, inwiefern der Gedenkanlass bloss das Ergebnis einer vorübergehenden politischen und historiographischen Konjunktur sein könnte. So hat Jan Surmann am amerikanischen Beispiel eine erfolgreiche oder jedenfalls folgenreiche Geschichts- und Erinnerungspolitik beschrieben, die sich auf das Paradigma des Holocaust stützte. Ist das aber nicht insofern schon überholt, als sich die Koordinaten – nicht nur – der amerikanischen Aussen-, Erinnerungs- und Zukunftspolitik im Gefolge von 9/11 stark verändert haben? So haben selbst Barack Obamas ausdrücklicher Wille und sein Wahlversprechen nicht ausgereicht, um sich von George W. Bushs Erbe etwa in Guantánamo wieder zu befreien. Ist der Holocaust-Gedenktag also bloss ein Überbleibsel einer vergangenen Zeit, der 1990er Jahre und der Administration Clinton, einer optimistischen Übergangphase nach dem Ende des Kalten Krieges und vor dem Krieg gegen den Terror, zwischen der Horrorvision einer durch Atomsupermächte ermöglichten *mutual assured destruction* und der Fragilität einer hochvernetzten Welt, die dem täglich drohenden ökologischen, ökonomischen, sicherheitspolitischen Kollaps mit hektischen Sondermassnahmen von der Finanzspritze bis zur Folter zuvorzukommen sucht?

Vor diesem Hintergrund muss man sich gerade im Hinblick auf die Schule fragen, was Gedenken bedeuten kann – und wie man es vor der Eintönigkeit rituellen und verordneten Erinnerens bewahren kann. Es ist etwa in Miryam Eser Davolios Ausführungen deutlich geworden, dass gut gemeinte Unterrichtseinheiten nicht davor gefeit sind, mehr kaputt zu machen als aufzubauen. Hieraus ergibt sich eine ganz fundamentale Gewissensprüfung, nicht nur für Gymnasiallehrkräfte, sondern letztlich auch für Hochschuldozierende. Wir müssen die Wirkungen dessen stets mit bedenken, was wir bewirken, wenn wir den Fokus auf den Holocaust mit seinen unvermeidlichen moralischen Implikationen richten. Als Lehrstück über die Dunkelseiten der Moderne unterscheidet sich unser Reden über den Holocaust grundsätzlich von anderen Lehrhalten nicht nur der früheren Geschichte, sondern auch der Nachkriegsjahrzehnte. Weshalb das so ist und auch noch auf einige Zeit hinaus so sein muss und so sein wird, hat Saul Friedländer in der Auseinandersetzung mit Martin Broszat über die Historisierung des Nationalsozialismus dargelegt.<sup>1</sup> Friedländer machte deutlich, dass der Wunsch nach einer Historisierung vernachlässige, dass dieser Ansatz selbst auch nur eine mögliche Form war, mit unangenehmen Erinnerungen umzugehen, eine Form, die diese Erinnerungen durch das Ausblenden des Nichtwissenschaftlichen, des «Emotionalen» erträglich gestaltete, aber durch die Betonung der strukturellen Ursachen statt der individuellen Schuldfragen neue Probleme schuf, darunter auch historiographische blinde Flecken. Kognition und Emotion sind keine Gegensätze. Schon die Wahl und Begrenzung eines wissenschaftlichen Themas ist immer auch ein Willkürakt, wobei – hoffentlich – auch Emotionen mitspielen.

Eine klare Trennung von wissenschaftlicher *histoire* und populärer *mémoire*, wie sie Pierre Nora in seinen «Lieux de mémoire» suggeriert hat<sup>2</sup> und Peter Gautschi hier aufgreift, ist insofern unrealistisch, weil sich auch der Wissenschaftler, die Wissenschaftlerin nicht an den eigenen Haaren aus dem Sumpf der individuellen und kollektiven Erinnerung herausziehen kann, und sei es nur deshalb, weil man immer nur kleine Episoden des Vergangenen einer wissenschaftlichen Prüfung unterziehen kann. Insofern sind auch die Historikerinnen und Historiker sowohl abhängig von der *mémoire* als auch ihre Produzenten, eine Tätigkeit, die sie allerdings mit vielen Akteuren teilen. Lehrpläne an den Schulen etwa, die für unsere kollektiven Geschichtsbilder von grösster Bedeutung sind, werden von Behörden und Lehrpersonen bestimmt; die universitären Historikerinnen und Historiker sind, von den Didaktikern abgesehen, daran

<sup>1</sup> Martin Broszat, Saul Friedländer, «Um die Historisierung des Nationalsozialismus». Ein Briefwechsel», *Vierteljahreszeitschrift für Sozialgeschichte* 36/2 (1988), 339–372.

<sup>2</sup> Pierre Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Bd. 1, Paris 1984–1992, XVII–XLII (Entre mémoire et histoire).

wenig beteiligt. Dagegen spielen seit je noch ganz unterschiedliche, zumeist unakademische gesellschaftliche und politische Interessengruppen bei der Ausbildung einer kollektiven, nationalen Erinnerung hinein. Eine solche *mémoire* hat Pierre Nora in ihrer Vergänglichkeit (eigentlich eher: in ihrer Veränderlichkeit) skizziert und der *histoire* gegenübergestellt, diese aber, die wissenschaftliche Historiographie, eher als Störfaktor verstanden. Die von Nora formulierte Konfrontation ist nostalgisch: Die *mémoire* wird gleichsam zerstört durch die Wissenschaft. Das ist überspitzt und überschätzt das, was Historikerinnen, Historiker gesellschaftlich bewirken können. Gleichwohl besteht ihre Grundaufgabe tatsächlich darin, dass sie im grossen Chor derer, die zur kollektiven Erinnerung beitragen, methodisch fundierte und reflektierte Störungen vornehmen. Es wäre illusorisch, eine «reine» Geschichtswissenschaft zu predigen, die sich von Identität stiftenden Anliegen nicht vereinnahmen lässt; und es wäre auch falsch, wenn Historikerinnen, Historikern verboten würde oder sie es sich in ihrem Wissenschaftsverständnis selbst verböten, am öffentlichen Kampf um die Deutung der Vergangenheit teilzunehmen. Wir dürfen uns einmischen, wir müssen uns manchmal auch einmischen, das ist eine unserer Aufgaben. Aber unser Hauptbeitrag besteht nicht darin, stimmige Erinnerung herzustellen, sondern Erinnerungen kritisch zu überprüfen und mit wissenschaftlicher Methode die Bedingtheiten von Geschichtsbildern herauszuarbeiten, wenn sie etwa ihre Plausibilität bloss der biographischen Sinnstiftung verdanken oder sich aus dem politischen Alltagskonflikt ergeben haben.

In diesem Zusammenhang folgen hier ein paar Warnungen, die letztlich auf die Frage hinzielen: Was machen wir als Wissenschaftlerin, Wissenschaftler und was machen wir als Lehrer, als Lehrerin im Umgang mit der Geschichte und besonders beim Forschen und Reden über den Holocaust – eine Bezeichnung, die unsere Aussenperspektive vielleicht besser ausdrückt als das hebräische Shoa? Eine erste Warnung bezieht sich auf einzelne Begriffe, die an dieser Tagung geäussert wurden. So bin ich über die Wendung «Nazischergen» gestolpert. Ich brauche das Wort «Scherge» nie – ausser in dieser selben Kombination, wie eine Suche auf der Computerfestplatte schnell ergibt. Es gibt rituelles Reden über die NS-Vergangenheit, das ist wohl ebenso unvermeidlich wie bei anderen Themen. Ist es aber nicht so, dass «der Scherge», ein im Schweizerdeutschen völlig unübliches Wort, uns eine Wortbildung ermöglicht, die es uns in analytischer Hinsicht zu leicht macht? Wenn man «Nazischergen» verwendet, dann ist bereits alles klar: Es handelt sich um einen willfährigen Handlanger und einen miesen Kerl mit niedriger Gesinnung. Hier müssen wir aufpassen: Ritualisierung der Sprache erlaubt keine Differenzierung; was wir sagen, wird berechenbar, und es fügt sich dabei rasch in klare Kategorien, die historische Phänomene vielleicht zu einfach darstellen.

Ebenfalls aufpassen müssen wir bei Wertungen, wie sie in vielen Vorträgen mehr oder weniger explizit formuliert wurden. «Schade», «leider», «man ist schockiert», «eine unappetitliche Normalität» – das appelliert wohl zu Recht daran, dass wir Versammelten vermutlich gewisse Dinge sehr ähnlich sehen. Wir hätten es gerne, wenn es eine Welt ohne Rassisten gäbe. Und wir teilen vermutlich die Hoffnung, dass wir durch schulische Bildung etwas erreichen oder mindestens das Schlimmste verhindern können. Wir haben auch kaum eine Alternative dazu, als dies wenigstens zu versuchen. Doch der von Miryam Eser Davolio thematisierte Bumerangeffekt stimmt einen sehr nachdenklich. Das Resultat lautet simplifiziert: Wenn man den Schülerinnen und Schülern einen Holocaustüberlebenden präsentiert, dann erhöht man mit einem Jahr Verzögerung den Antisemitismus in der Klasse. Diese Formulierung ist gewiss allzu drastisch, aber bezieht sich doch auf die gezeigte Grafik, sodass wir uns ernsthaft fragen müssen, was im Schulunterricht wirklich geschieht und in den Köpfen von Jugendlichen vorgeht. Für viele Schülerinnen und Schüler ist Hitler, ist der Zweite Weltkrieg, ist der Holocaust gleich weit weg und damit gleich uninteressant wie Napoleon oder Julius Caesar. Damit müssen wir leben, auch wenn wir das nicht für «richtig» ansehen – die Schülerinnen und Schüler sind so, und das hat zumindest die Berechtigung des Faktischen. Deshalb müssen wir auch überlegen, wieweit tatsächlich das Ziel legitim ist, das in etlichen Voten durchklang oder auch explizit formuliert wurde: «Wir wollen etwas erreichen, wir wollen Einstellungen ändern.» Zumindest müssen wir darüber nachdenken, ob wir es uns mit der Selbstlegitimation manchmal auch zu leicht machen. Wer wäre nicht mit dem Ziel einverstanden, dass unter unseren Schülerinnen und Schülern möglichst wenige als Antisemiten aus dem Unterricht herausgehen? Doch wir müssen uns bewusst sein, dass wir uns damit auf das hohe Pferd der «Aufgeklärten» begeben und gegenüber denen, die antisemitisch sein wollen, eine Anmassung und eine Zumutung vornehmen. Provoziert man nicht damit die Entgegnung: «Es ist mein freies Recht, ein Antisemit zu sein»?

Ich stelle mich hier nicht auf den Standpunkt des amerikanischen Verfassungsgerichts, dass – *freedom of speech* – Äusserungen erlaubt sind allein deshalb, weil sie von jemandem, der Bürger ist, gesprochen werden. Doch wenn wir erfolgreich auf Veränderungen des Verhaltens oder des Bewusstseins hinwirken wollen, müssen wir uns bewusst sein, dass auch wir eine Position vertreten – und nicht einfach den gesunden Menschenverstand. Unsere Denk- und Verhaltensmuster sind nicht zuletzt einem bestimmten gesellschaftlichen Status angepasst – an Individuen, die mehrsprachig sind, in der Welt herumreisen, die Möglichkeiten haben zu guter Berufsbildung und attraktiven Veränderungen. Das ist eine Realität, die vielen anderen Menschen verschlossen bleibt. Es ist ja schön und gut, wenn unsere Argumente und Ziele aufgeklärt sind und liberal sind, fortschrittlich,

menschenrechtlich, demokratisch und so weiter. Für uns lohnt es sich auch, so zu reden und zu handeln: Wir erlangen damit Freunde, Anerkennung, beruflichen Aufstieg, anregende Erfahrungen, persönliche Befriedigung. Doch unser Diskurs ist für manche Leute, die nicht unter uns sitzen, offensichtlich weniger selbstverständlich, seine Begründung damit auch nicht nachvollziehbar – und die uns winkende Belohnung weniger attraktiv und wohl auch weniger realistisch.

Es geht mir nicht darum, eine aufklärerische Intention zu relativieren in dem Sinn, dass sie ebenso berechtigt wäre wie eine faschistische oder gewalttätige. Wohl aber will ich warnen vor der Allüre des Besserwissers, der seine Position gar nicht mehr hinterfragen und begründen muss. Wer «dumme Neonazis» von ihren falschen Pfaden abbringen will, wird offene Ohren unter Seinesgleichen finden, nicht aber unter denen, die er mit seinen Argumenten erreichen will. Wenn man aufklären will, dann muss man das Gegenüber ernst nehmen – auch in seinem Antisemitismus und Rassismus. Das bedeutet gleichzeitig, dass wir uns über die Gewalttätigkeit unseres eigenen, «aufgeklärten» Diskurses auch Rechenschaft ablegen müssen. Wir tun anderen Leuten rhetorisch Gewalt an, die vielleicht besser sind im Dreinschlagen als im Argumentieren. Nun kann mein Ratschlag nicht darin bestehen, dass man sich auf derselben Ebene mit ihnen auseinandersetzen soll, dass also beispielsweise «aufgeklärte» Lehrer ihre rassistischen Schüler verprügeln sollen. Vielmehr geht es darum, die eigene Position und die damit verbundene (Über-)Macht zu erkennen und anzuerkennen, was gar nicht so einfach ist, da wir Schreibtischtäter Übermacht eher dort orten, wo sie uns als physische Gewalt entgegentritt. Doch auch die Teenager, zumeist männlichen Geschlechts, welche die Analysen dieser Tagung prägen, haben ihre Ängste, die uns fremd sind, die aber ihre Legitimität haben – Ängste vor dem geschliffenen Argument; Ängste, dass man als schwach und weich gelten könnte; Ängste, dass man allein, ohne den Rückhalt einer bis zum Kampf loyalen Gruppe, in dieser Welt nicht bestehen kann; Ängste, dass die heutige Gesellschaft die eigenen Fähigkeiten – Mut, Kampfbereitschaft, gestählte Muskeln, Waffengeschick – nicht honoriert.

In den Referaten ist die Rolle der Peergruppe stark betont worden, in der sich viele Schüler besser behaupten können in dieser – ungerechten – Welt. In diesen Gruppen bilden sich häufig Verhaltensweisen aus, die durchaus eine Logik haben, auch wenn wir die Logik nicht billigen und häufig vielleicht auch nicht verstehen. Gegen diese Logik der Gruppensolidarität obsiegt eine «aufgeklärte» Logik des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht einfach von selbst durch ihre intrinsische Wahrheit oder Plausibilität – oder durch häufige Wiederholung in einer langen Schulkarriere. Gewalt, Ausgrenzung, Diskriminierung können sozial durchaus erfolgreiche Strategien sein – der weltgeschichtliche Erfolg der westlichen Zivilisationsmodelle beruht jedenfalls zumindest ebenso sehr auf

ihnen wie auf den häufiger gerühmten Qualitäten Kreativität, Individualismus oder Fleiss. Auf der Ebene des einzelnen Schülers kann das ganz ähnlich sein, und deshalb misst sich der Erfolg von Strategien, die etwa Antisemitismus bekämpfen sollen, nicht an der argumentativen Stringenz, sondern an ihrem Nutzen für die reale Lebensbewältigung. Solche Strategien müssen die Ziele, die Jugendlichen vor Augen stehen, näher bringen; sie müssen nicht nur neue Umgangsformen vermitteln, sondern auch neue Chancen eröffnen. In den Beiträgen wurde deutlich, dass es einen sehr grossen Unterschied machen kann, wenn in einer Klasse oder Gruppe eine Frau oder ein Mädchen auftaucht. Wenn man sich mit dem Mädchen gut stellen will, dann sind andere Qualitäten und Strategien gefragt, als wenn man sich nur unter Knaben bewegt. Empathie kann sich lohnen, während sie in einer rein männlichen Gesellschaft ein Nachteil ist. Veränderte Verhaltensmuster müssen also nicht nur rational eingefordert, sie müssen auch belohnt werden.

Nach der Warnung vor der Überheblichkeit des Aufklärers, die uns allen vor allem als Lehrenden galt, folgt die Warnung an die Historikerinnen und Historiker. Es ist die Aufforderung, das Fremdartige in den Quellen ernst zu nehmen und unsere Kategorien zu relativieren. Sie sind durch unsere aktuellen Interessen und Probleme bedingt und passen nicht unbedingt auf frühere Zeiten, was einem Frühneuzeitler wie mir manchmal stärker bewusst ist als dem Zeithistoriker: Auch die NS-Zeit war in vielerlei Hinsicht eine ganz andere Welt. Selbst scheinbar klare Kategorien wie «Philosemit» versus «Antisemit» erfassen in der Zeit vor dem Holocaust eine andere Realität als die, die wir mit dem Wissen um die Folgen antizipieren. Das bedeutet nicht, dass wir frühere Handlungslogiken, dass wir frühere Werte einfach historistisch akzeptieren und sagen: «Das war mal und deswegen ist es gut für sich selbst.» Doch wir müssen bei jeder wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Vergangenheit zuerst einmal versuchen, vergangene Werte und Handlungslogiken zu verstehen. Ich betone deshalb, dass auch Nazis, schweizerische Grenzbeamte und all die anderen Menschen, deren Taten wir nicht verstehen oder missbilligen, Werte und Handlungslogik hatten. Es geht nun nicht darum, diese zu übernehmen; aber die Historiker müssen zuerst einmal verstehen, wie Menschen in der Vergangenheit funktionierten und weshalb das so war. Erst wenn wir dieses Fremdartige verstehen und erklären, können wir uns auf die Unterschiede zu heute und auch auf unsere Bewertung dieses Verhaltens einlassen. Aber auch da empfiehlt sich Vorsicht, gerade bei der Begrifflichkeit und den verwendeten Kategorien. Entspricht ein Wort wie zum Beispiel «Widerstand» wirklich der Wahrnehmung der damaligen Zeitgenossen oder Zeitgenossinnen? Das ist ein Prädikat, das rückblickend ebenso gerne und oft beansprucht wie verteilt worden ist; umso sorgfältiger ist zu prüfen, ob es wirklich handlungsleitend war. Was waren intendierte, was reale Folgen – und

was nur mögliche Konsequenzen etwa der behördlichen Formulare, die Zsolt Keller vorgeführt hat? Sie machen selbst dann betroffen, wenn weitere Forschungen vonnöten wären, um nachzuweisen, dass ihr antisemitisches Potential tatsächlich so umgesetzt wurde, wie es der Referent vermutet.

Eine andere hochproblematische Deutung ist die Rede vom «Sonderfall Schweiz», die sich schon deswegen erübrigt, weil jedes Land ein Sonderfall ist. Was soll denn der «Normalfall» sein – etwa Deutschland? Und doch gibt es eine historische Erfahrung, die man in ihrer Singularität nicht genug betonen kann, um die bis heute wirksame Mentalität und das entsprechende Geschichtsverständnis zu verstehen: Mit Schweden zusammen ist die Schweiz das einzige Land Europas, wenn nicht der Welt, das im 20. Jahrhundert weder totalitäre Regime erlebte noch in die Weltkriege involviert wurde. Wir haben nicht viel gewonnen, wenn wir das mit dem Sonderfall erklären. Trotzdem signalisiert dieses Wort Erklärungsbedarf, denn es verweist auf eine ausgesprochen erfolgreiche Selbstdeutung der Zeitgenossen von damals, der «Aktivdienstgeneration», und auf deren Zählebigkeit auch bei den Nachgeborenen, die eine noch heute weit über SVP und AUNS hinaus wirksame und spürbare Rhetorik formulierten. Kriegsnähe und Betroffenheit ohne Kriegsleiden, Aktivdienst mit hunderten von Tagen im Militärdienst und die vielen Umstellungen im Zivilleben, auch von Frauen und Kindern, von der Rationierung bis zu Zensur und Isolation, aber keine zerstörten Städte, keine besiegten, dezimierten und gedemütigten Soldaten, keine vernichteten Minderheiten, keine offensichtlichen Kollaborateure – nur vor diesem Hintergrund konnte ein Geschichtsbild entstehen, das eine intendierte Kombination von Unabhängigkeitswillen, Opferbereitschaft, Neutralität und nationaler Solidarität zu den Voraussetzungen einer bestandenen Bewährungsprobe stilisierte. Das war eine plausible Erklärung vor allem deshalb, weil sie persönliche Verlusterfahrungen (mühsamer Dienstatag, schwierige Existenzsicherung, Nahrungsmittelknappheit) durch einen kollektiven Erfolg kompensierte und als gerechtfertigte und auch belohnte Opfer erscheinen liess – nicht zuletzt gegenüber folgenden Generationen, die es in mancherlei Hinsicht viel leichter hatten. Daraus entstand ein über die Aktivdienstgeneration hinauswirkender Stolz auf die lange anhaltende Tradition von Neutralität, von Demokratie, von Wohlstand: ein freiheitliches Bollwerk in einem tosenden Meer von Krieg und Diktaturen.

Dieser Stolz enthält durchaus pathologische Elemente, wie sie Carsten Quesel vorgeführt hat, aber in dieser Anamnese kann sich die historische Beurteilung nicht erschöpfen. Denn welches Volk hätte nicht in den Jahren 1933 bis 1945 sofort mit der Schweiz tauschen wollen, um sich viele Leiden, Verbrechen und Opfer zu ersparen? Die Herausforderung an das Geschichtsbild der «Aktivdienstgeneration» kam denn auch nicht von den wenigen Völkern, die, wie die

Schweden, versucht gewesen wären, ähnlich selbstzufrieden auf die jüngere Vergangenheit zurückzublicken. Vielmehr ist der Holocaust, das Narrativ über die Opfer, seit den siebziger Jahren als Alternativdeutung für die Kriegszeit entstanden, nicht für oder gegen die Schweiz, sondern als Infragestellung jeder nationalgeschichtlichen Perspektive. Wie Nicole Burgermeister vorführt, konnte sich auch die Schweiz, obwohl – vermeintlich – bloss Zuschauerin, dieser Herausforderung nicht entziehen. Es besteht kein Konsens darüber, wie der Holocaust in die nationale Geschichte integriert werden soll, aber die Tatsache allein, dass über diesen gemeinsamen Gegenstand gestritten wird, beweist, dass er zum vergangenheitspolitischen und erinnerungskulturellen Alltag dazugehört auch bei denen, welche die Verwicklungen der Schweiz in den Völkermord bezweifeln oder geringreden. Über solche Themen wird man nie Konsens erzielen. Aber die Internationalisierung des schweizerischen Geschichtsdiskurses und des schweizerischen Vergangenheitsbildes ist erfolgt. Zwar wissen viele Schülerinnen und Schüler offenbar sachlich wenig Genaueres über den Holocaust; doch auch sie kennen die Positionen, die man in den vergangenheitspolitischen Debatten beziehen kann. Dass hierüber in der Schweiz gestritten wurde und noch wird, das ist etwas Neues gegenüber der Zeit vor den neunziger Jahren. Wie bei Jan Surmanns Ausführungen deutlich wird, fügte sich die Schweiz nach 1989 allmählich in einen internationalen Diskurs ein, an dem Nordamerika, Israel und alle europäischen Länder Teil hatten und der sich sogar als Identitäts- und Integrationsdiskurs der Europäischen Union erwies, um die neuen Staaten im Osten des Kontinents in eine gesamteuropäische Erinnerungskultur einzubinden, die nicht länger auf einer antisowjetischen Vision des Abendlands beruhen konnte.

An dieser internationalen Umorientierung hat die Schweiz partizipiert, weil sie, wie so oft, nolens volens ein Teil dieses Europas ist, dem sie politisch nicht angehören will. Historiographisch und erinnerungspolitisch hatte sich diese Abneigung lange auch darin ausgedrückt, dass Schuld am und Verantwortung für den Völkermord exklusiv dorthin exportiert wurden, wo er herkam: nach Deutschland. Patrick Kury hat diese Haltung mit einem bezeichnenden Quellenzitat des Basler SP-Regierungsrats Brechbühl dokumentiert, notabene eines Exponenten der relativ liberalen Basler Flüchtlingspolitik im Krieg: Demnach sollten Entschädigungsanträge nicht in der Schweiz, sondern «anderswo» eingereicht werden.<sup>3</sup> Das hiess natürlich immer nördlich des Rheins, bei denen, die wirklich – und allein – schuld gewesen seien. Bezeichnend für diese Haltung ist auch ein Zitat von Ludwig von Moos, dem CVP-Bundesrat der sechziger Jahre, dessen Biographie noch einer gründlichen Untersuchung harret. Als Redaktor war von Moos in den dreissiger Jahren verantwortlich für ein Blatt, das sich

<sup>3</sup> Vgl. den Beitrag von Patrick Kury in diesem Band.

gegen «Warenhausjudentum» und «Weltfreimaurerei» ausliess und die national gescheiterte, aber in Obwalden angenommene Initiative für eine katholisch-ständestaatliche Verfassungsrevision mitrug. Als Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements war er dann zuständig für die Durchführung des «Meldebeschlusses» für nachrichtenlose Vermögen auf Schweizer Banken und hielt in diesem Zusammenhang 1962 fest: «Die Schweiz hat keinen Grund sich zu entschuldigen, weder gegenüber den Opfern der NS-Verfolgung noch gegenüber jüdischen oder anderen Organisationen und ganz bestimmt nicht gegenüber dem Staat Israel.»<sup>4</sup> Dass dies ein parteiübergreifender Konsens war, zeigte sich beim Bundespräsidenten von 1996, dem Freisinnigen Jean-Pascal Delamuraz, der auf dem Höhepunkt der Weltkriegsdebatte ein wohl letztes Mal hoffte, die Problematik zu externalisieren, als er am Ende seines Präsidentschaftsjahres festhielt, dass Auschwitz nicht in der Schweiz liege.<sup>5</sup>

Diese Blindheit für die problematische Vergangenheit nicht nur des eigenen Landes, sondern – im Fall von Moos – für die persönliche Biographie ist ganz typisch für das, was ich «verweigerter Erinnerung» genannt habe. Damit umschrieb ich einen Vorgang und eine Haltung, die deswegen funktioniert haben, weil man die Ereignisse, die im Krieg jenseits der Landesgrenzen geschahen, gedanklich von allen Verbindungen löste, die sie mit der Schweiz haben konnten. Wo das, wie in der Flüchtlingspolitik, nicht vollständig möglich war, gedachte man der Ereignisse mit dem Eingeständnis, dass möglicherweise das eine oder andere nicht ganz so gut ablief in der Schweiz, aber nur deshalb, weil man ungeschickt reagierte auf das Böse, das exklusiv «draussen» passierte und es einem so schwer machte, richtig zu handeln. Solche Blindheit für autochthone, hausgemachte Sphären des Versagens ist tatsächlich seit den 1990er Jahren nicht mehr möglich. Wir haben einen Blick auf eine Vielfalt oder doch Mehrzahl von Handlungsmöglichkeiten erhalten, in der NS-Zeit selbst und nicht nur in der Rückblende derer, die mit der Gnade der späten Geburt leicht urteilen können. Das ist erneut in einigen Referaten deutlich geworden. So zeigt Beat Hodler, dass bereits 1940/41 in einem Theaterstück und auch in Lokalblättern Positionen zur Judenverfolgung greifbar sind, die man eigentlich erst später, bei einem besseren Wissensstand, erwartet hätte. Susanne Businger hat weibliche Erfahrungen und insbesondere das Wirken von Flüchtlingshelferinnen behandelt, die lange aus der nationalen Erinnerung ausgegrenzt geblieben sind. Dieser immer breitere und vielfältigere Wissensstand berücksichtigt auch, und genau das ist der Kernaspekt, die helvetischen Traditionen von Fehlverhalten. Wenn also, wie

<sup>4</sup> Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hg.), *Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht*, Zürich 2002, 447.

<sup>5</sup> Thomas Maissen, *Verweigerter Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und die Schweizer Weltkriegsdebatte 1989–2004*, Zürich 2005, 272 f.

in Zsolt Kellers Beitrag, amtliche Dokumente von 1936 die Übernahme nationalsozialistischen, rassistischen Gedankenguts belegen, so kann man das nicht länger damit erklären oder gar rechtfertigen, dass das Land eben vom Dritten Reich bedroht und vollständig umkreist gewesen sei. Durch die Arbeiten der letzten zwanzig, dreissig Jahre sind gerade im Bereich des Antisemitismus und der Flüchtlingspolitik die problematischen helvetischen Traditionen aufgezeigt worden, die in die unmittelbare Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges und noch weiter zurückführen.

Das ist denn auch die Moral meiner Ausführungen. Wenn wir die heranwachsenden Generationen für die Welt des 21. Jahrhunderts vorbereiten wollen, dann müssen wir immer wieder auf die unzähligen und unvermeidlichen Verstrickungen unserer Heimat hinweisen, im Positiven wie im Negativen. Die Schweiz ist eine Membran, die reagiert und reagieren muss auf vieles, was in der Welt passiert; aber auch ein Akteur, der vieles in dieser Welt bewegt, und beileibe nicht immer im Geiste von Heidi und Henri Dunant. Die Schweiz ist nicht ein Organismus, der aus sich selbst heraus funktioniert und höchstens durch die bösen Franzosen 1798 und die bösen Amerikaner 1996 aus einem gemächlichen Rhythmus der Unschuld herausgeworfen wird. Vielmehr ist sie ein Gebilde, das sich mit dieser Welt, wie sie ist, vielleicht nicht in Gleichklang, aber doch in ein Verhältnis setzen muss. Sie hat gar keine andere Wahl. Wie man dieses Verhältnis politisch konkret ausgestaltet, ist offen: ob in der EU oder ausserhalb der EU, ob im Sicherheitsrat der UNO oder nicht. Diese Handlungsoptionen müssen als politische Lösungen umgesetzt werden. Sie setzen aber voraus, dass wir Schweizerinnen und Schweizer akzeptieren, dass es keine Alternative zu einer aktiven Verstrickung in die Weltläufe gibt. Alle Wälle an den – nicht nur helvetischen – Grenzen sind nur imaginäre Schranken. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger über frühere und heutige Vernetzungen und Verstrickungen aufzuklären, die Nationalgeschichte durch diese globalen Perspektiven zu erweitern, hierin besteht, über die Beschäftigung mit dem Holocaust als Fanal der Moderne und als moralischem Impetus hinaus, der Sinn und die Aufgabe, wenn wir uns historiographisch mit den dreissiger und vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts beschäftigen.

## Autorinnen und Autoren

*Nicole Burgermeister*, lic. phil., Soziologin, und *Nicole Peter*, lic. phil., Historikerin, arbeiten an der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich gemeinsam an einem interdisziplinär angelegten Forschungsprojekt zum Thema Erinnerungskultur und Geschichtsbewusstsein und untersuchen dabei anhand von Mehrgenerationeninterviews die gegenwärtige Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die Rolle der Schweiz in der schweizerischen Bevölkerung.

*Susanne Businger*, lic. phil., ist Historikerin und Soziologin, zurzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Geschichte des Städtebaus der ETH Zürich und Doktorandin an der Universität Zürich zum Thema Fluchthilfe und Flüchtlingsarbeit von Frauen in der Schweiz, 1938–1947. Forschungsschwerpunkte: Geschlechtergeschichte, Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Stadt- und Regionalgeschichte.

*Miryam Eser Davolio*, Dr., studierte Pädagogik und politische Wissenschaft an der Universität Zürich, forscht und unterrichtet zu den Themen antirassistische Bildungsarbeit, Rechtsextremismus, Integration und Migration sowie Jugendgewalt und -delinquenz an der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz, Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung.

*Peter Gautschi*, Dr. phil., Professor für Geschichtsdidaktik und Fachleiter Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz, Luzern, Unterricht auf allen Volksschulstufen. Bis 2011 Dozent für Geschichtsdidaktik und verschiedene Führungsfunktionen an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz in Aarau. Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen, unter anderem seit 2006 im Wissenschaftlichen Ausschuss des Georg Eckert-Instituts in Braunschweig. Mitherausgeber der geschichtsdidaktischen Reihen sowie der Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften im Wochenschau Verlag (Schwalbach im Taunus).